

Als Bürger – unbedingt Weshalb Freiheit und Vollbeschäftigung heute in Wider- spruch geraten und warum ein bedingungsloses Grund- einkommen unserem Land Zukunft eröffnet*

Thomas Loer

Die anschwellenden Rufe nach Reformen in unserem Land sind ebenso Ausdruck einer tiefgreifenden Krise wie die Tatsache, dass sie lediglich zu hilflosen Reförmchen führen, ein Ausdruck davon ist, dass die Krise in ihrer Besonderheit noch nicht erkannt wurde. Eine Krise ist stets das Scheitern des Alten und der Anbruch von etwas Neuem. Das Neue zu erkennen erfordert, das Scheitern des Alten anzuerkennen.

Was zuallererst anerkannt werden muss, ist die Tatsache, dass jedwedes Modell der sozialen Absicherung, ja der gesellschaftlichen Organisation unseres Gemeinwesens überhaupt, das noch auf Vollbeschäftigung als prinzipiellem Normalmodell beruht, nur um den Preis der Selbstknebelung noch möglich ist. Die Arbeitsgesellschaft als Gesellschaft der Erwerbsarbeit potentiell aller ist zu Ende. Der Roboterisierung in den Produktionshallen und der Computerisierung in den Schaltherhallen wird schon bald die Automatisierung in den Kaufhallen in nichts mehr nachstehen – die Scannerkassen etwa degradieren die Kassiererinnen schon heute zu ihrem, im Prinzip durch einen Automaten ersetzbaren Gehilfen.

Was ist neu in unserem Land – neu in einem historischen Sinne, das heißt, dass es sich der Sache nach schon lange vorbereitete, aber in seiner neuen Qualität noch nicht erkannt worden ist? Es ist die Tatsache, dass wir aufgrund einer in ungeheurem Maße gewachsenen und wachsenden Produktivität über einen gesellschaftlichen Reichtum verfügen, der es jedem Bürger erlaubte, würdevoll zu leben und seinen Lebenssinn in frei gewählten Feldern der Bewährung zu suchen und zu finden. Die oben erwähnten Entwicklungen in Produktion, Bankenwesen und Handel sind Ausdruck dieses Reichtums. Der Zwang zur Erwerbsarbeit, den einige politische Programme in Form von Zwang zur Arbeit, der ja letztlich Zwangsarbeit bedeutet, wieder aufleben lassen, ist historisch überholt, ist unnötiger Zwang. Nur, wie Karl Marx bereits in den 50er Jahren des vorletzten Jahrhunderts schrieb, „in den historischen Formen der Arbeit als Sklaven-, Fronde-, Lohnarbeit [erscheint] die Arbeit [...] als äußere Zwangsarbeit [...] und ihr gegenüber die Nichtarbeit als ‚Freiheit und Glück‘“. Die Freiheit von Erwerbsarbeit, was gesellschaftlich heißt: Freiheit statt Vollbeschäftigung, ist in diesem Sinne eine Freiheit zu einer Arbeit, die – wie Marx weiter ausführte – „travail attractif, Selbstverwirklichung des Individuums“ ist, „was keineswegs meint, daß sie bloßer Spaß, sei, bloßes amusement [...]. Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung.“

So zeichnet sich jede produktive, problemlösende Arbeit dadurch aus, dass sie immer Hingabe an eine Aufgabe, ein Problem, das es zu lösen gilt, ist, ganz gleich worin es besteht. Dies bedeutet zugleich eine Anerkennung des Arbeitenden, der weiß, dass er

* Eine gekürzte Fassung des Artikels ist unter dem Titel *Freiheit statt Vollbeschäftigung* am 26. Mai 2004 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Nr. 121, S. 9) erschienen; dieser Text ist unter <http://www.faz-archiv.de> erhältlich.

durch Automaten nicht ersetzbar ist: Dort, wo es menschlicher Kreativität bedarf, werden Automaten grundsätzlich nicht an ihre Stelle treten können; und es bedeutet zugleich, menschliche Potentiale, ökonomisch: ‚Humankapital‘, für Innovation und zum Nutzen und Frommen des Gemeinwesens freizusetzen, statt sie uns selbst zu versperren und in geisttötender Tätigkeit zu verschwenden.

Selbst an den weitreichenden Überlegungen zur Frage der Finanzierung unseres Gesundheitswesens, die Michael Opielka vorgelegt hat (s. FAZ vom 8. März), sieht man noch, wie schwer es ist, über das einst angemessene Modell der Orientierung am Erwerbseinkommen hinauszudenken. Er hat darauf hingewiesen, dass in der Schweiz die Beiträge in eine der von ihm favorisierten Bürgerversicherung vergleichbaren Krankenversicherung durch einen steuerfinanzierten, also aus dem gesellschaftlichen Reichtum geschöpften Zuschuss ergänzt werden müssen. Hierin zeigt sich eine Zwitterhaftigkeit des Vorschlags. Einerseits muss der Versicherte als Beitragszahler seinen Obulus entrichten, der aus seinem Einkommen stammt; andererseits muss er Hilfsbedürftigkeit nachweisen, sich also als hilfsbedürftig stigmatisieren. Hätte ich als Bürger das Recht, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben, so müsste mir diese Teilhabe nicht erst unter bestimmten Bedingungen gewährt werden; vielmehr würde ich sie bedingungslos erhalten: als Bürger – unbedingt. Wer könnte uns Bürgern dieses Recht einräumen? Niemand als wir selbst in einem Akt politischer Willensäußerung. Was muss geschehen, dass wir es tun? Wir müssen uns und den von uns gewählten Repräsentanten in einer öffentlichen Debatte die Krise klar machen: das Scheitern des einst Bewährten ist anzuerkennen, die Möglichkeiten des Neuen sind auszuloten, die Krise ist unvoreingenommen zu erkennen und mutig als Chance zu ergreifen. Dass in einer repräsentativen Demokratie diese Entscheidung nur nach langfristiger Willensbildung erfolgen kann, schützt vor übereiltem Optimismus; es darf aber nicht zum Versumpfen in folgenlosem Herumwurschteln führen. Da unsere Politiker wie auch die Vertreter der Interessenverbände immer noch paradoxerweise die Krise routinisiert bewältigen wollen, nach da und dort bewährten, nun neu zusammengehäkelten Mustern, ist die Öffentlichkeit gefordert. Die öffentliche Debatte aber wagt den Blick über die geltenden Deutungen hinaus ebenfalls kaum. Die Orientierung an Erwerbsarbeit bleibt das kaum infrage gestellte Fundament auch hier. Die Wissenschaft, die diesen Konsens durch schonungslose Analysen erschüttern könnte, verstrickt sich in kurzatmiger Politikberatung und lässt sich in Kommissionen verheizen. In den Medien, vor allem dem Fernsehen, die für die Meinungsbildung der Öffentlichkeit eine wichtige Aufgabe hätten, werden tagein tagaus dieselben Argumente wiederholt, es wird mit dem Genuss an Selbstkasteiung gebetsmühlenartig beklagt, Deutschland verliere wegen der schwachen Wirtschaft, des rückständigen Bildungswesens, der überversorgenden Sozialsysteme und einer Politik, die unfähig sei, behindernde Regulierungen aufzuheben und der Freiheit der Marktkräfte zu überantworten, an Ansehen in der Welt. Der Abgesang auf die „deutschen Verhältnisse“ wird unisono angestimmt und mitgebrummt; grundsätzliche Fragen werden nicht aufgeworfen. Auch die Tageszeitungen bilden hier alles andere als ein Forum der bürgerlichen Öffentlichkeit, auf dem zukunftsorientiert und zukunfts offen um das, was wir politisch wollen noch gestritten werden kann – ohne dass es mit dem Totschlaghammer des Machbarkeitsarguments gleich im Ansatz niedergestreckt wird.

Da der gesellschaftliche Reichtum ein je konkreter ist, der in der Geschichte eines konkreten politischen Gemeinwesens über Generationen erarbeitet wurde, kann die Teilhabe nicht mit abstrakten Menschenrechten begründet werden, wie Opielka dies tut. Basis ist vielmehr die politische Zugehörigkeit zu diesem konkreten Gemeinwe-

sen, d. h. der als politisch zu begreifende und politisch zu bestimmende Status als Bürger, was freilich nicht auf eine ‚Bürgerrolle‘ zu beschränken ist, sondern die ganze Person als Menschen in seiner Würde umfasst. Deshalb ist auch kein moralischer Appell angebracht, sondern, wie gesagt, politische Willensbildung.

Wollen wir Bürger denn unseren Reichtum verschwenden, indem wir unsere Reformen hilflos darauf ausrichten, der Sonne der Vollbeschäftigung gen Westen nachzueilen, die doch am geschichtlichen Horizont längst untergegangen ist? Zu diesem Zweck müssen wir Arbeiten, die längst durch Maschinen und intelligente Systeme erledigt werden könnten, durch Menschen erledigen lassen, die wir zum Empfang eines ‚Niedriglohns‘ zwingen, indem wir ihnen die Sozialhilfe kürzen – was dann bürgerverachtend als Wahrung des Lohnabstandsgebots bezeichnet wird; wir müssen Hochqualifizierte dazu zwingen, ihren Arbeitsplatz zu teilen, obwohl sie gern mehr als die übliche Wochenarbeitszeit in diese Arbeit stecken würden; wir müssen Menschen zwingen, zu einem bestimmten Zeitpunkt in Rente zu gehen, obwohl einige lieber viel eher sich einer selbstgewählten freien Arbeit widmen würden und auf ihrer Erwerbsstelle nur noch Dienst nach Vorschrift leisten, andere hingegen sich mit ihrer reichen Erfahrung noch gern viel länger in ihrer Erwerbstätigkeit verwirklichen würden – zum Wohle der allen dienenden Wertschöpfung; wir müssen Kinder zu einem Zeitpunkt, der für ihre Entwicklung schädlich ist, in Betreuungseinrichtungen geben, damit die Mütter und Väter ein Familieneinkommen erwerben können; Schülern und Studenten wird durch Schulzeitverkürzung, Bachelor-Studiengänge und Modularisierung eine vermeintlich berufsnah und praxistaugliche Ausbildung ange-sonnen, wo doch die Innovativität der Jugend geweckt werden könnte. Zwang, wohin man sieht, verbunden mit Misstrauen des Staates in seine Bürger – und damit der Bürger in sich selbst. Dieses in Kontrollen sich ausdrückende Misstrauen geht einher mit obrigkeitstaatlicher Betreuung. So sind auch die Agenda 2010 und die sogenannten Hartz-Gesetze entgegen allem Bekunden kein Zugewinn an Freiheit oder Unternehmertum. Sie tragen zur Verschleierung unserer Lage bei und degradieren etwa Bürger in der Bundesagentur für Arbeit zu Kunden. Weder können sie, wie es für jeden Kunden eines Geschäfts gilt, zwischen Anbietern und Produkten wählen, noch werden sie damit als Bürger ernstgenommen. Zynismus und Realitätsverleugnung muss man diesen Lösungsentwürfen der Sache nach bescheinigen, bei allen guten Absichten, die zu ihrer Entwicklung geführt haben. Die fehlende Anerkennung des Scheiterns verhindert auch hier im Detail angemessene neue Lösungen.

Oder wollen wir Bürger unseren Reichtum, der sich im technologischen Fortschritt ausdrückt und den der technologische Fortschritt vermehrt, nutzen zur Weiterentwicklung der Möglichkeiten eines selbstbestimmten und würdigen Lebens? Dann nämlich müssten wir Bürger selbst entscheiden und entscheiden können, ob wir – gegen geringe Bezahlung oder gar ehrenamtlich – Tätigkeiten ausüben wollen, die auch Maschinen ausüben könnten; ob wir fünf oder acht oder 60 Stunden lang in der Woche „intensivste Anstrengung“ in „freie Arbeiten“ investieren wollen; ob wir mit 30 aus dem für Erwerbsleben ausscheiden und uns einer für uns sinnvolleren Tätigkeiten widmen wollen, oder ob wir unsere Lebenserfüllung darin sehen, uns bis ins hohe Alter hinein einer Erwerbstätigkeit zu widmen; ob wir uns Kindern und ihrer Entwicklung widmen wollen – vielleicht über die eigenen hinaus auch anderen; etc. Freiheit, die hier den Zwang ersetzt, wird zugemutet. Sie ist eine Zumutung in zweierlei Hinsicht: eine Zumutung für unser heutiges Denken, das eben – übrigens immer den anderen – unterstellt, dass sie ihr Leben sinnlos vergeuden würden, wenn wir sie nicht – sei es wirklich, sei es in übertragenem Sinne – ins Arbeitshaus steckten; und eine Zumutung für jeden von uns in einer vom Zwang zur Vollbeschäftigung befrei-

ten Gesellschaft, sich selbst und selbstverantwortlich Rechenschaft ablegen zu müssen für seine eigene Lebensführung.

Was aber könnte diese Chance ermöglichen, diese Zumutung herbeiführen? Die auf der Basis des über Generationen hin erarbeiteten Reichtums ruhende Existenzsicherung für alle Bürger: ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Befreiung von stupider Arbeit für die einen und eine Freisetzung ihrer kreativen Potentiale wäre zugleich ein Gewinn für die anderen, die nun nur noch auf motivierte Arbeitskraft zurückgreifen, ja um sie werben müssten. Das Vertrauen in die Bürger, in ihre Leistungsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung, das damit gesetzt wäre, würde diese unter den Zwang setzen, dieses Vertrauen, das ja ein Selbstvertrauen wäre, nicht zu enttäuschen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde es allen Bürgern ermöglichen und abverlangen, ein selbstverantwortliches Leben zu führen. Das ist enorm. Vielleicht würde es Generationen dauern, bis wir uns in dieser neuen Freiheit zurechtfinden würden, dieser neuen Verantwortung gerecht würden. Wenn wir es aus Angst vor der eigenen Courage und in kleinkariertem Bedenkenträgeri nicht versuchen, werden wir es nicht erfahren. Agere aude: Freiheit statt Vollbeschäftigung bedeutete für unser Land eine wirkliche Reform, die die Zukunft wieder öffnete.

Thomas Loer hat gemeinsam mit Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen und Sascha Liebermann die Initiative ‚Freiheit statt Vollbeschäftigung‘ begründet.